

Die Gleichheit.

Beitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter Nr. 2189) vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 65 Pf. Jahres-Abonnement M. 2.60.

Stuttgart
Mittwoch den 29. Juli
1903.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Jettin (Rundel), Stuttgart, Blumenstraße 24, III. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtbachstraße 12.

Nachdruck ganzer Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Inhalts-Verzeichnis.

Heraus mit der gesetzlichen Verkürzung des Arbeitstags der Arbeiterinnen!
— Steigende Verwendung der weiblichen Arbeitskraft — Steigerung der Ausbeutung. Von Louise Fiey. — Bunte Bilder aus der Wahltagitation. Von W. K. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Die Erfahrungen der Familie Mc. Williams mit der Diphtheritis. Von Mark Twain. (Schluß.)

Notizenteil: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Vereinsrecht der Frauen. — Frauensimmrecht.

Heraus mit der gesetzlichen Verkürzung des Arbeitstags der Arbeiterinnen!

1898 forderte der Reichstag die Bundesregierung in einer Resolution auf, Erhebungen über die Fabrikarbeit der verheirateten Frauen zu veranstalten. Allgemein ward dieser Beschluß als der erste einleitende Schritt zur unerläßlichen besseren Ausgestaltung des gesetzlichen Arbeiterschutzes betrachtet, insbesondere aber zu einer weiteren gesetzlichen Verkürzung der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit. Die gesetzliche Enquete hat 1899 stattgefunden, im folgenden Jahre wurden ihre Ergebnisse veröffentlicht. Dieselben ließen nicht den geringsten Zweifel darüber, daß ein wirksamerer gesetzlicher Schutz der Arbeiterinnen gegen das Übermaß ihrer Ausbeutung, daß vor allem die Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit unabwendbare Notwendigkeit ist. Daß aber die einschlägige Reform auch durchgeführt werden kann, das erhellt sonnenklar aus dem amtlich zusammengetragenen Material, wie aus den jährlichen Berichten der Fabrikinspektoren und der Geschichte der Arbeiterschutzesgesetzgebung für jeden, der nicht zu den unheilbaren freiwillig Blinden gehört. Wir schreiben das Jahr des Heils 1903, und noch haben die gesetzgebenden Gewalten nicht das bescheidene Maß von Einsicht in die Lage der lohnarbeitenden Frauen und Mädchen aufgebracht, um den Arbeitstag wenigstens der Fabrikflavinnen um ein wenig zu kürzen. Statt des entsprechenden Gesetzesentwurfes, den Hunderttausende ausgebeuteter Proletarierinnen sehnsüchtig verlangen, wartete die Regierung mit der Veranstaltung einer zweiten Enquete auf, die 1902 von der Gewerbeinspektion vorgenommen werden sollte. Damit nicht genug der Tröbelei. Kurz vor Schluß des letzten Reichstags kündete der Minister für Buchthausgesetz und Sozialreform eine weitere Erhebung an. Das sattfam erprobte „gute Herz“ unserer Regierungsweisen krampft sich zwar schmerzhaft zusammen bei dem Gedanken an die bedrohte Gesundheit, das zerstörte Familienleben, die vernachlässigten mütterlichen Pflichten der Arbeiterinnen, aber es ist auch von heiligem Mitgefühl mit den Leiden der bedauernswürdigen Kapitalisten durchhebt, deren Ausbeutungsmacht durch die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit etwas beeinträchtigt wird. Und so erachten sie es von amts- und überzeugungswegen für unabweisbar, vor allem „in einer so wichtigen Frage auch die Arbeitgeber zu befragen“ und den „objektiven Tatbestand“ festzustellen, der nur für verbohnte Fanatiker möglichst schrankenloser kapitalistischer Ausbeutungsfreiheit noch nicht genügend klar ist.

Den wissenschaftlichen und sonstigen Wert der geplanten neuerlichen Erhebung in allen Ehren. Aber uns will bedünken, daß in einer Frage, die vor dem Tribunal der Wissenschaft und der praktischen Erfahrung schon längst entschieden ist, es gelten muß

zu handeln, nicht einseitige Interessenten zu befragen, zu dekretieren, nicht zu enquetieren. Der neue Reichstag würde sich seinem Vorgänger gleich, schwer an den Interessen großer Scharen abgehetter Arbeiterinnen, ihrer Kinder und ihrer Klasse, ja am Wohle der ganzen Nation versündigen, wollte er sich erst nach dem Abschluß einer Befragung der Unternehmer zu der dringlichen Reform aufschwingen. Eine amtlich abgestempelte Meinungsäußerung der Unternehmer abwarten, hieße fürstenmordende Offiziere nach Serbien tragen. Daß viele der Herren Kapitalisten — insbesondere aber die Schlotfürsten der Spinnereien und Webereien — sich mit Händen und Füßen gegen die Reform sträuben, das ist in ihren Prehorganen und Organisationen unverhüllt zum Ausdruck gelangt, seitdem die Frage einer weiteren gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen aufgerollt worden ist. Und soweit die Ergebnisse der für das letzte Jahr angeordneten Enquete seitens der Fabrikinspektion vorliegen, bekunden sie, daß bei Aufhellung des „objektiven Tatbestandes“ wie bei den daraus abgeleiteten Schlußfolgerungen die Auffassung und das Interesse der Herren Kapitalisten genüßig zum Worte gekommen ist. Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben die Verkürzung der Arbeitszeit erwachsener Arbeiterinnen nirgends, aber auch nirgends lediglich unter dem Gesichtswinkel ihrer Dringlichkeit im Interesse der erwerbstätigen Frauen und Mädchen erörtert. Sie untersuchten vielmehr auch die Möglichkeit der Durchführung dieser Reform im Hinblick auf das Interesse des Unternehmertums. Wie wird die Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit der Arbeiterinnen quantitativ und qualitativ — nach Menge und Güte — das Produktionsergebnis, die Leistungen und Entwicklung der Industrie beeinflussen?, diese Frage war der Angelpunkt ihrer Untersuchung. In der heutigen Wirtschaftsordnung bedeutet das aber nichts anderes als: zieht die Verkürzung der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit keine Senkung des kapitalistischen Profits nach sich, verträgt sich das, was zum Wohle der erwerbstätigen Proletarierinnen notwendig ist, mit dem, was der Füllung des Unternehmerrgelsacks frommt.

Unserer „übertriebenen“ Ansicht nach stehen die bereits veröffentlichten Erhebungsergebnisse zum Teile sogar im Zeichen einer recht hervorragenden Berücksichtigung des kapitalistischen Interesses. Es gelangt dies besonders darin zum Ausdruck, daß im allgemeinen die amtlichen Gutachten weitgehenden Übergangs- und Ausnahmebestimmungen das Wort reden. Das aber obendrein in erster Linie für Industrien, wo die Frauennarbeit die ausgedehnteste Verwendung gefunden hat, verschlechternd auf die Arbeitsbedingungen der Männer zurückwirkt und den Erfolg des gewerkschaftlichen Kampfes erschwert, so daß die übliche Arbeitszeit nicht nur die gesetzlich zulässigen elf Stunden beträgt, sondern durch den groben Unflug der Überzeitarbeit oft genug bedeutend verlängert wird. Hier die Verkürzung des Arbeitstags mit Übergangs- und Ausnahmebestimmungen verquicken, läuft darauf hinaus, die Reform für die Mehrzahl der Fabrikarbeiterinnen zum toten Buchstaben herabzuwürdigen, sie denen vorzuenthalten, welche ihrer am dringendsten bedürfen. Die vorstehenden Ausführungen treffen besonders für die Textilindustrie zu. Und doch erklärt sogar die badische Fabrikinspektion, welche schon vor Jahren verständnisvoll und warm für die Einführung des Sechsstundentags eingetreten ist, daß für die Webereien „eine gewisse Übergangszeit, sowie eine Erleichterung hinsichtlich der Gewährung von Überarbeit erwünscht“, daß „besondere Übergangs- oder Ausnahmebestimmungen für die

Spinnereien erwünscht und geboten" seien. Da kann es nicht wunder nehmen, daß die Fabrikinspektion des Regierungsbezirkes Frankfurt a. O. alles vergißt, was die geschichtliche Erfahrung betreffs der Wirkungen verkürzter Arbeitszeit gelehrt hat. Im Kassandrator schlechter Propheten bemerkt sie: „Die Einführung des zehnstündigen Arbeitstags für die Frauen wird der gesamten Textilindustrie des Bezirkes die Konkurrenz mit dem Ausland sehr erschweren, sie in große Unkosten stürzen, wenn sie sich die Konkurrenzfähigkeit erhalten will, und für die Arbeiterinnen einen erheblichen Ausfall an Lohn mit sich bringen.“ Das Gutachten für den Regierungsbezirk Hannover-Denabrück-Nürich schlägt vor, daß im allgemeinen der Zehnstundentag für die Arbeiterinnen erst vier Jahre nach Erlass des betreffenden Gesetzes in Kraft treten solle, und zwar herbeigeführt durch zweijährige Etappen einer Verkürzung der Arbeitszeit um je eine halbe Stunde täglich. Das nennt man „Vollampf voraus“ reformieren, ohne dem Unternehmertum die „nötige Schonzeit“ zu vergönnen!

Trotz aller zarten Rücksichtnahme auf Kapitalistenvorurteil und Kapitalistenvorteil lauten die bis jetzt bekannten Erhebungsergebnisse zu gunsten der Herabsetzung der Arbeitszeit der Frauen, zu gunsten der gesetzlichen Einführung des Zehnstundentags. Sie stellen zwei hierfür wichtige Tatsachen fest. Ein großer Teil der deutschen Industriearbeiterinnen in Fabriken und ihnen gleichgestellten Betrieben, ja in manchen Industrien und Gegenden die Mehrzahl, hat bereits heute eine regelmäßige tägliche Arbeitszeit von zehn Stunden und weniger. Die gesetzliche Festlegung des Zehnstundentags kann ohne Verringerung, Verschlechterung oder Verteuerung des Arbeitsproduktes, kann mithin ohne Schädigung der deutschen Industrie und ihrer Konkurrenzfähigkeit, ohne Schwämmerung des Unternehmerprofits und des Arbeitslohnes durchgeführt werden.

Der Bericht der badischen Fabrikinspektion über die Erhebung setzt sich besonders lichtvoll und überzeugend mit den angeführten Bedenken auseinander. Er konstatiert, daß in 58,3 Prozent der 2246 Betriebe, welche Arbeiterinnen über sechzehn Jahre beschäftigen, die tägliche Arbeitszeit für 37,7 Prozent der in Betracht kommenden 50927 Frauen und Mädchen zehn Stunden und weniger beträgt. Der auffällig große Abstand zwischen dem Prozentsatz der Betriebe und dem der Arbeiterinnen, welche die kürzere Arbeitszeit haben, erklärt sich dadurch, daß in den großen Textilfabriken und in der Mehrzahl der Zigarrenfabriken der Arbeitstag noch über zehn Stunden beträgt. (Siehe „Gleichheit“ Nr. 10.)

Die württembergische Gewerbeaufsicht zieht aus den Ergebnissen der vorgenommenen Enquete den Schluß, daß die Einführung des Zehnstundentags für die erwachsenen Arbeiterinnen ohne Beeinträchtigung des Unternehmerinteresses an der Produktion möglich, und daß sie im Interesse der Arbeiterinnen unbedingt nötig ist. Im Bericht für den dritten Aufsichtsbezirk heißt es: „Der zehnstündige Arbeitstag für die Arbeiterinnen ist in allen Industriegruppen ohne allzugroße Schwierigkeiten durchzuführen und liegt angesichts der sich fortwährend steigenden Anforderungen an die körperliche und geistige Spannkraft der Arbeiter im allgemeinen und der weiblichen im besonderen, im Interesse der Erhaltung eines gesunden Arbeiterstandes.“ Einem roten Faden gleich zieht sich durch die allgemeinen Berichte der württembergischen Fabrikinspektoren die Auffassung, daß die Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt, auch für die männlichen Arbeiter, nicht einen nach Quantität und Qualität verringerten Produktionsertrag verursache, daß dieser vielmehr selbst bei dem Neunstundentag demjenigen des Elfstundentags überlegen sei.

Nach den Berichten der hessischen Gewerbeaufsicht schaffen im Bezirk Mainz 38 Prozent aller erwachsenen Arbeiterinnen zehn, 50 Prozent derselben aber weniger als zehn Stunden. Im Bezirk Darmstadt beträgt der regelmäßige Arbeitstag von 70 $\frac{1}{2}$ Prozent der betreffenden Arbeiterinnen, die sich auf 70 $\frac{1}{3}$ Prozent der inspektionspflichtigen Betriebe verteilen, nicht über zehn Stunden. Die Verhältnisse liegen in den übrigen Bezirken ähnlich. Der Bericht hebt ausdrücklich hervor, daß in einer Zigarrenfabrik bei Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden das Produkt der Güte und Menge nach nicht zurückging. Das gleiche wurde in einem anderen Betriebe bei einer Einschränkung des Arbeitstags von zwölf auf zehn Stunden beobachtet.

Für zwei Drittel der inspektionspflichtigen erwachsenen Arbeiterinnen in Mecklenburg-Strelitz, für die Hälfte derselben in Mecklenburg-Schwerin verzeichnet der Bericht den Zehnstundentag. Die Bremische Gewerbeaufsicht weist nach, daß „der gesetzlich zulässige elfstündige Arbeitstag fast nicht mehr Brauch ist,“ nur in 8 Betrieben von 81 und für 177 Arbeiterinnen von 2636 dauert die tägliche Arbeitszeit über 10 Stunden. Es ward in Bremen bereits die Einführung des Neunstundentags ernstlich erörtert, 31 Betriebsinhaber erklärten sich dafür, 50 dagegen. Die Sondererhebungen über die Arbeitszeit der Frauen in Bayern waren noch nicht abgeschlossen, als der Bericht der Fabrikinspektion erschien. In demselben lesen wir zur Frage (Bericht für den Aufsichtsbezirk Schwaben), daß „manche Industrielle gerne bereit wären, die elfstündige Arbeitszeit mit einer zehnstündigen zu vertauschen, wenn sie nicht die Konkurrenz fürchten würden.“ Den Leuten kann geholfen werden! Die Gesetzgebung befreit vom Druck der Konkurrenz, indem sie für alle fabrikmäßigen Betriebe die gleiche Arbeitszeit vorschreibt.

Die als Sonderband kürzlich veröffentlichten Erhebungen der Fabrikinspektion für Preußen weisen das folgende aus. Von den 397714 Arbeiterinnen über sechzehn Jahre, welche von der Enquete erfaßt wurden, arbeiten 149137, das ist 38 Prozent, über zehn Stunden täglich; 247577 gleich 62 Prozent von ihnen haben den zehnstündigen, zum Teile selbst einen bedeutend kürzeren Arbeitstag. 16 der 29 amtlichen Gutachten — das über die Bergbaubezirke als eines gerechnet — lauten entschieden zu gunsten der Einführung des Zehnstundentags, sieben erklären sich bedingt dafür, sechs dagegen erachten die Neuerung als „unnötig“, „bedenklich“ oder gar „undurchführbar“. In dem Gewerbeinspektionsbezirk Berlin nebst Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf hatten 89 Prozent der 63264 erwachsenen Arbeiterinnen den zehnstündigen oder einen kürzeren Arbeitstag. An diese Tatsache wird die Erklärung geknüpft: „Daher ist für Berlin und seine Vororte die zehnstündige Arbeitszeit schon jetzt so gut wie durchgeführt und würde ihre gesetzliche Festlegung als Maximalarbeitszeit besonderen Schwierigkeiten nicht begegnen. Die Mehrzahl der befragten Unternehmer trägt keine Bedenken, einer solchen Änderung zuzustimmen.“ Dem Berichtserstatter für den Regierungsbezirk Münster erscheint die Einführung der zehnstündigen täglichen Arbeitszeit „in jedem Falle zweckmäßig, dringend erwünscht und im allgemeinen auch durchführbar“.

Wir müssen uns für diesmal mit den vorstehenden Stichproben aus den seither veröffentlichten Ergebnissen der Enquete von 1902 begnügen. Die „Gleichheit“ wird auf dieselben noch im einzelnen ausführlich zurückkommen. Für heute seien jedoch noch einige allgemeine Gesichtspunkte hervorgehoben, die sich unseres Erachtens aus dem interessanten Material aufdrängen, und die für Führung unseres Kampfes um die Verkürzung der Arbeitszeit bedeutsam sind.

Zunächst bestätigen die Resultate der Erhebung klar, beweiskräftig, daß der Zehnstundentag schleunigst, ohne weitere unternehmerfromme Verschleppung durch Umfragen zc. eingeführt werden kann. Die Reform ist spruchreif, ja längst überreif. Wie die in Betracht kommenden Verhältnisse gelagert sind — Länge des Arbeitstags in vielen Industrien und Berufsarten, Entwicklung der Produktionstechnik, Intensität der Arbeit zc. zc. — könnte bei auch nur leidlich gutem Willen der Nachhabenden mindestens der Neunstundentag morgen schon von der Gesetzgebung festgelegt werden. Was eine durchgreifende Reform betreffs der Verkürzung des Arbeitstags der Arbeiterinnen hindert, ist der mangelnde Wille der herrschenden Klassen, keineswegs aber die mangelnde Reife der wirtschaftlichen Entwicklung.

Im allgemeinen ist die regelmäßige tägliche Arbeitszeit der Arbeiterinnen unter den gesetzlich zulässigen Elfstundentag in solchen Industrien herabgedrückt worden, wo die Männerarbeit und nicht die Frauenarbeit den Arbeitsbedingungen das entscheidende Gepräge gibt. Hier hat die Gewerkschaftsbewegung bahnbrechend eingegriffen und nicht bloß dem gesetzlich Zehnstundentag, sondern auch dem Achtstundentag durch Erklämpfung der zehnstündigen und noch kürzeren Arbeitszeit wirksam vorgearbeitet. Die Gesetzgebung hinkt hinter den Erfolgen der Organisation drein und verallgemeinert und verankert von rechts wegen, was diese als Macht dem Unternehmertum abzutragen vermocht hat. Diese Funktion der Gesetzgebung enthebt die Gewerkschaften der Notwendigkeit, zumal in Zeiten der

Krise, die erzielten Errungenschaften in puncto kürzerer Arbeitszeit immer wieder aufs neue verteidigen zu müssen und jetzt ihre Kräfte für die Pionierarbeit zur weiteren Herabsetzung des gesetzlichen Arbeitstags frei. Diese Zusammenhänge sollten vor allem die Arbeiterinnen belehren, die als Frauen das zwingendste Interesse an einer möglichst großen Verkürzung der Arbeitszeit haben, die aber gleichwohl in ihrer Mehrzahl leider noch immer den Gewerkschaften fernstehen.

Sollten sehr breite Schichten der Fabrikarbeiterinnen nicht um die Vorteile des Zehnstundentags geprellt werden, so muß seine gesetzliche Festlegung mit folgenden ergänzenden Bestimmungen verbunden sein: Begrenzung der Zeit, in welcher Arbeiterinnen beschäftigt werden dürfen, auf die Stunden von früh 7 Uhr bis abends 7 Uhr; Verbot der Überstundenarbeit; Verbot, Fabrikarbeiterinnen nach Feierabend im Betrieb Arbeit mit nach Hause zu geben. Was die Freigabe des Samstagnachmittags anbelangt oder auch nur eine Verkürzung der Samstagnachmittagsarbeit um mehr als 1 Stunde, so wird sie von den Fabrikinspektoren nicht befürwortet, keine bürgerliche Partei dürfte dafür eintreten. Und dies, obgleich das Beispiel Englands und das private Vorgehen mancher Unternehmer (siehe „Gleichheit“ Nr. 10 von 1902) beweisen, daß die einschlägige Forderung sehr wohl durchführbar ist; und dies, obgleich erst ihre Verwirklichung die Sonntagsruhe für die Frau aus einer Lüge zur Wahrheit erhebt. Im betreff einer eventuellen Verlängerung der Mittagspause müssen so verschiedene Verhältnisse in Berücksichtigung gezogen werden, daß es uns geboten erscheint, die Frage in einem besonderen Artikel zu erörtern.

Die eingangs angezogenen Daten über das Schneckenposttempo, in welchem die Regierung unter der Mitschuld aller bürgerlichen Parteien nach dem Ziele einer weiteren Verkürzung des Arbeitstags der Arbeiterinnen humpelt, erweist klärlieh, daß die nötige Reform vor allem das Werk des organisierten und kämpfenden Proletariats sein wird. Die Arbeiterinnen zum Mitkampf dafür in seine Reihen zu rufen, ist für die nächste Zeit eine der Hauptaufgaben der Genossinnen. Der träge und unlustig vorwärts trottende Reformgaul des Reiches wird nur um Stoppen unserer Forderung des Achtstundentags näher kommen, wenn auch aus den proletarischen Frauenmassen kraftvoll-trotzig die Losung erschallt: Heraus mit der gesetzlichen Verkürzung des Arbeitstags der Arbeiterinnen!

Steigende Verwendung der weiblichen Arbeitskraft — Steigerung der Ausbeutung.

Von Louise Dief.

Die Familie ist heilig! Das Familienleben ist die Quelle aller Sitte und Moral, die Quelle aller Lebensfreude und aller Ordnung! Nieder darum mit den Sozialdemokraten, die Familie und Ordnung über den Haufen werfen, die ganze Welt zu einem großen Zuchthaus umgestalten wollen, in welchem jeder nach dem Befehl der Führer arbeiten muß! Das konnte man in hunderten von Variationen auch wiederum bei der diesjährigen Reichstagswahltagitation von unseren Gegnern zu hören und zu lesen bekommen. Selbst im Hamburger „Fremdenblatt“, dem Leiborgan der Freisinnigen, also auch der Lyda Gustava Heymann und des Fr. Dr. Augspurg, waren diese Tiraden zu finden.

Es hieße unsere Leser beleidigen, wollten wir diesem blühenden Blödsinn auch nur ein einziges Wort der Widerlegung widmen. Dagegen sei im nachstehenden ein weiterer Beitrag zur Beweisführung geliefert, welch „herrliches Familienleben“ heute so manche Arbeiterfamilie führt und führen muß.

Da man die Sozialdemokraten auch der Religionsfeindlichkeit zeugt, bemerken wir vorweg, daß die im folgenden gekennzeichneten Verhältnisse in den Domänen der Zentrumsgrafen in Oberschlesien anzutreffen sind, also dort, wo die frommen Schäfchen noch fast vollständig der „alleinseligmachenden“ Kirche erhalten und vor dem „Gifte des Sozialismus“ bewahrt wurden. Wie daselbst die Arbeitsverhältnisse nach dem Grundsatz „christlicher Nächstenliebe“ und in Rücksicht auf ein schönes Familienleben geregelt werden, darüber gibt uns der Bericht des obereschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins folgenden Aufschluß: Im Berg- und Hüttenbetrieb Oberschlesiens sind im vierten Quartal 1901 neben 122962 männlichen, 11370 weibliche Arbeiter beschäftigt gewesen. Im selben Quartal 1902, also zur Zeit der schlimmsten wirtschaftlichen Depression, nahm die Zahl der männlichen Arbeiter um 122 ab, die der weiblichen stieg auf 12320, sie betrug fast 10 Prozent der Gesamtzahl der Beschäftigten.

Auf welche Betriebe sich die weiblichen Arbeitskräfte verteilen, das zeigt folgende Tabelle. Es waren Frauen beschäftigt:

| | IV. Quartal 1901 | IV. Quartal 1902 |
|---|------------------|------------------|
| Steinkohlengruben | 4257 | 4393 |
| Eisenerzförderungen | 1060 | 953 |
| Zink- und Bleierzgruben | 2674 | 3849 |
| Koks- und Hochofen | 614 | 633 |
| Eisengießereibetrieb | 31 | 37 |
| Walzeisen- und Stahlfabrik | 795 | 733 |
| Holzwerkfabrik | 1385 | 1163 |
| Zinkweißfabrik | 6 | 6 |
| Zinkblechfabrik | 11 | 12 |
| Blei- und Silberhüttenbetrieb | 9 | 8 |
| Koks- und Zinberfabrikation | 450 | 483 |
| Schwefelsäurefabrikation | 78 | 97 |

Obige Zusammenstellung spricht ganze Bände von der Skrupellosigkeit der Unternehmer, wenn der Profit in Frage kommt. Man bedenke, wo überall sie uns die Frau als Arbeiterin zeigt! In Steinkohlengruben, Eisenerzgruben, Zink- und Bleierzgruben — in letzteren hat im Laufe eines Jahres eine Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte von 2674 auf 3849 stattgefunden, also um 1175 —, ferner in Koks- und Hochofen, Eisengießereien, Walzeisen- und Stahlfabriken, bei der verschiedensten Verarbeitung von Zink und Blei, sowie bei der Säurefabrikation! Also in den allergeringsten Betrieben, bei der schwersten, gesundheitschädlichsten Arbeit werden die Frauen, die Mütter des kommenden Geschlechtes verwendet! Und warum das? Weil die weibliche Arbeitskraft so schmachlich billig ist. Bei der Wirtschaftskrise, bei dem Überangebot von Arbeitskräften kann der Unternehmer diesen Umstand besonders gut ausnützen. Zunächst wird der Lohn der Männer so nieder gedrückt, daß sie damit, selbst bei den bescheidensten Ansprüchen, ihre Familie nicht zu ernähren vermögen. Die Not, der Hunger peitscht insofern die Frau zur Mitarbeit auf. Da die Frau noch billiger arbeitet als der Mann, wird sie eingestellt und dieser — entlassen. Das zeigte sich auch in unserem Falle. 1901 betrug der Lohn des Mannes 3,10 Mk. pro Tag, 1902 sank er auf 2,97 Mk.; die Zahl der beschäftigten Männer nahm ab und die der Frauen nahm zu, denn die Frauen schlangen für 1,14 Mk. den Tag. Wahrlich, eine göttliche Bestordnung! Unternehmer würden uns antworten: „Die Zwangsgebote der Konkurrenz zwingen uns, an den Produktionskosten, also auch am Lohne zu sparen. Fügen wir uns dem nicht, gehen wir zu Grunde.“ Dies Argument trifft aber in unserem Falle durchaus nicht zu. Bei weniger Arbeitskräften und einer stark verringerten Lohnsumme stieg der erzeugte Wert in der obereschlesischen Berg- und Hüttenindustrie. 1901 betrug der Wert der verkauften Produkte 192962342 Mk., 1902 dagegen 202678022 Mk. Ein großartiges Geschäft! Aber selbst wenn es wahr wäre, daß die Zwangsgebote der Konkurrenz die Unternehmer veranlassen, am Lohne zu sparen, warum hindert und verfolgt man dann Arbeiter und Arbeiterinnen, die diesem Umstand Rechnung tragend sich organisieren, um ihre Lohnforderungen nicht einem einzelnen Unternehmer, sondern sämtlichen Arbeitgebern der Branche zuzustellen? Wie vereinigungsgesetzliche Bestimmungen, Beamten- und Unternehmerwillkür Hand in Hand arbeiten, um gerade den Frauen und Mädchen den Anschluß an die Organisation zu erschweren, ist von uns oft genug nachgewiesen worden.

Wie sich das Familienleben unter den Umständen gestalten muß, welche die angezogenen Tatsachen enthüllen, das liegt auf der Hand. Mann und Frau bei endlos langer Arbeitszeit, Tag für Tag an die schwerste, ungesundeste Beschäftigung gekettet, und das für einen Hungerlohn, der eine chronische Unterernährung geradezu bedingt! Die Folge davon ist eine unwissende, stupide Arbeiterschaft, welche zum Teile dem Schnapsteufel verfällt. Von einem Familienleben im edlen Sinne kann da meist nicht mehr die Rede sein. Wahrlich, wären die Verleumdungen unserer Gegner reine Wahrheit, so müßte der „Zwangszulunftsstaat“ der Himmel gegen die Hölle sein, welche der kapitalistische Profitgier in Oberschlesien schafft.

Von all den weitreichenden Übeln, welche dieser über die Frauenwelt und die Familie des Proletariats verhängt, muß eines besonders hervorgehoben werden: es ist die dem weiblichen Organismus besonders verhängnisvolle Gesundheitsschädlichkeit, der auch die Lebenskraft der kommenden Generation zum Opfer fallen muß und die zur Degeneration ganzer Geschlechter führt. Wir sind der Meinung, daß bei sämtlichen oben angeführten Beschäftigungsarten die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte verboten werden müßte. Greifen wir zum Beweise dafür nur eine Beschäftigungsart heraus, die in Bleierzgruben (3849 Arbeiterinnen) und im Bleihüttenbetrieb. Wegen der Gesundheitsschädlichkeit dieser und sonstiger Bleiverarbeitungen hat bereits im Jahre 1893 der Bundesrat zum Schutze der betreffenden Arbeitskräfte Bestimmungen erlassen, die durch eine neue Verfügung

vom 20. Juni dieses Jahres vervollständigt worden sind. Unbekannt ist es, daß trotz dieses „Schutzes“ alljährlich viele Fälle von Bleivergiftungen vorkommen. Und gerade dem weiblichen Organismus ist das Bleigift besonders gefährlich. Das Bleigift wird vom Körper nicht wieder ausgeschieden oder unschädlich gemacht, selbst wenn es in noch so kleinen Mengen in demselben Aufnahme findet. Es ist ein sogenanntes kumulatives Gift, das heißt, ein Gift, das sich im Körper ansammelt und früher oder später zu den schwersten Erkrankungen führt. Bleivergiftung beeinträchtigt, ja zerstört vielfach völlig die Fähigkeit der Frau, normal Kinder auszutragen, normal zu entbinden, sie hat zahlreiche Fehl-, Früh-, Tot- und Schweregeburten zur Folge, wie von Ärzten und Hygienikern unanfechtbar nachgewiesen worden ist. Damit nicht genug, sie wird durch den mütterlichen Organismus auf das Kind übertragen, welches das Licht der Welt erblickt und das somit noch vor der Geburt mit Siechtum behaftet ist, das oft zum Tode in den ersten Lebensjahren oder zu dauernder Schwäche und Kränklichkeit führt. Und die Arbeiten in den Gruben? Auch sie werden dem Körper der Frau höchst verhängnisvoll und führen durch ihre Natur zur vorzeitigen Zerstörung der Gesundheit und zum physischen Verkommen des Nachwuchses. Fort mit der Frauenarbeit in den Bergwerken! Wie oft ist diese Forderung nicht schon seitens der organisierten Bergleute erhoben, leider bisher vergeblich. Daß nicht Mangel an Arbeitskräften die Ursache der Beschäftigung der Frauen ist, vielmehr die unersättliche Gier der „frommen“ Zentrumsgrafen, Schätze zu sammeln, die „die Wotten und der Koft fressen“, beweisen obige Darlegungen. So wird durch die Verwendung von Frauen und Mädchen in den angeführten Industriezweigen die Lebenskraft ganzer Geschlechter geopfert, die allgemeine Volksgeundheit schwer benachteiligt. Ausbau des Arbeiterinnenschutzes, Ausdehnung und Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen muß die Lösung sein, um Wandel der skandalösen ober-schlesischen Zustände zu schaffen. Dafür aber tritt die „familien- und religionsfeindliche“ Sozialdemokratie mit aller Energie ein, während das fromme Zentrum, das sich als allein waschechte Verteidigerin der Familie gebärdet, bis heute nicht über die Grimasse der Arbeiterfreundlichkeitshuchelei hinausgekommen ist. Jedoch gemacht! Auch in Schlessien dämmert schon das Morgenrot einer besseren Zeit. Davon legte zur Genüge der 16. und 25. Juni Zeugnis ab.

Bunte Bilder aus der Wahlagitation.

Von W. H.

Liebe Meta!

Du willst wissen, wo ich diese Wochen gesteckt und warum ich nicht geschrieben habe. Ja, Du solltest doch begreifen, daß in einer Zeit, wo der Strom der Politik so hohe Wogen schlägt, wie während der Wahlkampagne, und wo der Dienst der Partei alle Kräfte einfordert, keine Muße und Ruhe für private Korrespondenzen bleibt.

Gleich nach Ostern packte ich meinen Koffer, fuhr nach Offen-

bach und hielt in einer Anzahl Orten des schönen Maingau Versammlungen ab, teils für den Tabakarbeiterverband, teils für die Agitation zu den Reichstagswahlen. Am 13. Mai folgte ich einer Aufforderung des nieder-rheinischen Agitationskomitees, in seinem Tätigkeitsbezirk zu „wählen“, wie unsere Gegner es zu nennen belieben. Bis zum 25. Juni bin ich dort tätig gewesen. Diese Wochen waren recht arbeitsreich. 54 Wahlversammlungen liegen hinter mir. Durchgehends erfreuten sich dieselben eines sehr guten Besuches, und — was uns besonders freuen muß — die Beteiligung der Frauen an ihnen war auch in der bisher vielverrufenen „schwarzen Ecke“ am Niederrhein ganz auffällig gestiegen. Selbstverständlich genug. Die Wahl stand ja im Zeichen des Zollwuchers. Die Angst der bürgerlichen Parteien vor der Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie und der Dank ihrer zu erwartenden Abrechnung der werttätigen Massen mit dem bürgerlichen Volksbetrug und Volksverrat zeitigte manche nette Episode. Die geschorenen und gescheitelten Herren bemühten sich um die Wette, ihre Schäflein vor dem „sozialistischen Gifte“ zu behüten und hübsch gehorsam in den Pserch der bürgerlichen Politik zu treiben, die doch nur eine der Seiten der kapitalistischen Ausbeutung und Herrschaft ist. Ganz besonders hat die Traktätchenfabrik der frommen Zentrumsleute zu München-Stadbach Ungeheuerliches im Verdrehen, Lügen, Verleumdungen geleistet. Der Wahlausfall hat bewiesen, daß der Liebe Mühe umsonst verschwendet worden ist. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen ist gerade am Niederrhein gewaltig gewachsen.

In folgendem einige Bilder aus dem Wahlkampfe, wie sie vor meiner Erinnerung zwanglos auftauchen.

In Mühlheim a. d. Ruhr versendeten die Zentrumsblätter Postkarten, welche in großer roter Schrift mahnten: „Zentrumswähler, auf nach Moll (dem Versammlungsort, wo ich sprechen sollte) zu den roten Pantoffelhelden. Herr Christian Klost wird dort der Madame Käbler entgegentreten.“ Die Karte wirkte als riesige Necklame für die sozialdemokratische Versammlung, welcher das Publikum in „drangvoll fürchterlicher Enge“ bewohnte. Nur einer war leider nicht erschienen, der verheißene Ritter Georg, alias Herr Christian Klost. Du kennst ja meine Vorliebe für die schwarze Gesellschaft und kannst Dir denken, daß ich die Partei „für Wahrheit, Freiheit und Recht“, lies: für Lüge, Zollwucher und Reaktion, gerade nicht mit Sammetpfötchen gepackt habe. Keiner der zahlreich anwesenden Zentrumsanhänger trat den erhobenen Vorwürfen entgegen.

In Elberfeld wurde dem Ernst des Wahlkampfes ein heiterer Zug dadurch beigemischt, daß unserem wackeren und bewährten Genossen Mollenbuhr das Mandat für das Wuppertal von einem Herrn Streitig gemacht wurde, der seiner eigenen Erklärung nach erst, wenn er zum Reichsboten gewählt sei, eine eigene Partei gründen wollte. Herr Oberlehrer Linz war der Schlaumeier, der gewöhnt hatte, die Masse der Arbeiterwähler werde auf diesen beim hupfen. Besonders scharf wurde der Kampf im Wahlkreise Hagen zwischen Eugen Richter, dem Vater des holden Geschwisterpaars Sparagnes und Strampelannie, und unserem Timm geführt. Die Sozial-

Die Erfahrungen der Familie Mr. Williams mit der Diphtheritis.

Von Mark Twain.

(Schluß.)

„Mach mich nicht rasend!“ sagte meine Frau. „Da, mein Schatz, mein Liebling; es ist böse, bittere Medizin, aber gut für Märdchen, gut für Mamas Liebling und macht dich gesund. So, so, lege dein Köpfchen an Mamas Brust und schlaf wieder ein und bald — ach Mortimer, ich weiß, sie wird den Morgen nicht erleben! — Mortimer, ein Schlüssel voll jede halbe Stunde wird — oh, das Kind muß auch Belladonna haben, das weiß ich — und Aconit! Hole es, Mortimer! O, bitte, laß mich nur machen, du verstehst nichts von diesen Dingen.“

Darauf gingen wir zu Bette und stellten die Kinderbettstelle dicht neben meine Frau.

Das Numoren hatte mich müde gemacht, und nach zwei Minuten war ich etwas mehr als halb eingeschlafen. Meine Frau weckte mich.

„Männchen, ist die Heizung offen?“

„Nein.“

„Dachte ich's doch! Bitte, drehe sie schnell auf, das Zimmer ist kalt.“

Ich drehte sie auf und schlief sofort wieder ein. Wieder wurde ich aufgestört.

„Lieber Mann, wäre es dir unangenehm, die Bettstelle an deiner Seite zu haben? Sie ist dort dem Register näher!“

Ich schob sie hin, kam aber mit dem Bettvorleger in Kollision und weckte das Kind auf. Nochmals entschlummerte ich dann, während meine Frau das kranke Kind beruhigte. Aber nach kurzer Zeit drangen die folgenden Worte durch den Nebel meiner Schläfrigkeit wie entferntes Murmeln an mein Ohr:

„Mortimer, wenn wir doch etwas Gänsefchmalz hätten! Willst du klingeln?“

Halb im Traume kletterte ich heraus und trat auf eine Klage, welche lebhaft protestierte und dafür einen nachdrücklichen Fußtritt bekommen haben würde, hätte nicht ein Stuhl ihn aufgefangen.

„Aber Mortimer, wozu du nur das Gas aufdrehst und das Kind wieder aufweckst!“

„Weil ich gerne sehen möchte, wie schwer ich mich verletzt habe!“

„O dann sieh dir auch den Stuhl an, ich bin sicher, daß er zerbrochen ist! Das arme Käzchen. Wie leicht —“

„Na, über die Klage wollen wir nur schweigen. All dies wäre nicht passiert, wenn Marie hätte hier bleiben und die Sachen besorgen können, die mehr in ihr Fach als in meines schlagen.“

„Mortimer, du solltest dich schämen, so etwas auszusprechen. Es ist traurig, daß du die paar Kleinigkeiten nicht tun kannst in dem schrecklichen Augenblick, wo unser Kind . . .“

„Nun, nun, ich will ja alles tun, was du willst. Aber mit dieser Klingel ist niemand zu erwecken, und alles schläft. Wo ist das Gänsefchmalz?“

„Auf dem Kamin in der Kindersube. Wenn du hingehen und Marie fragen möchtest!“

demokratie ist hier dem waschlappigen Freisinn hart auf die Fersen gerückt, und dieser kämpfte mit den allerschönsten Mitteln um die Galgenfrist seiner Herrschaft für die nächsten fünf Jahre. Die Hagener Zeitung und freisinnige Flugblätter ergingen sich in wüsten Schimpfereien gegen die Sozialdemokratie und deren Führer; Genosse Timm wurde stets als „fremder Mann“ bezeichnet. Von allen Richter-Versammlungen waren die Sozialdemokraten ausgeschlossen. Und das, obgleich Herr Richter erklärt hatte: „Ich habe mit Bismarck diskutiert; er ist hinausgegangen, weil er es nicht mehr aushalten konnte, aber er kam wieder. Am Ende könnte ich es auch noch mit Herrn Timm aufnehmen und mit der holden Weiblichkeit, die jetzt aus Dresden zur Unterstützung herangezogen wird, wie Frau Kähler.“ Bei so viel Mut des großen Volkstribunen scheint der Ausschluß der Sozialdemokraten aus den freisinnigen Versammlungen schier unbegreiflich. In der Kanonenstadt Gießen entfaltete die Sozialdemokratie eine äußerst rührige Tätigkeit. Das Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen von 4000 auf 22000 ist nicht zum wenigsten eine Frucht der rastlosen, aufopfernden Tätigkeit des Wahlkomitees, sowie der Genossen am Orte. Allerdings muß dankbar anerkannt werden, daß auch die Kaiserrede vom Tischuchzerschneiden äußerst agitatorisch für die „Rotte von Menschen“ gewirkt hat, „die nicht wert sind, den Namen Deutsche zu tragen“. Bei meinem Aufenthalt in der Essener Gegend konnte ich mich wieder und wieder davon überzeugen. Der fromme Gottesmann und Wahrheitsheld Stöcker hatte es unternommen, im Wahlkreise Siegen sowohl in Wahlversammlungen wie von der Kanzel herab gegen die „Umstürzler“ zu donnern. Trotzdem, und obgleich uns so gut wie keine Vokale zur Verfügung standen, eine mächtige Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen. Das macht Freude, besonders wenn man sich sagen darf, daß man auch dort ein bescheiden Teil Arbeit geleistet hat.

Am niederträchtigsten wurde der Wahlkampf im Wahlkreis Altena-Islerlohn von Seiten des Freisinns geführt. Scheute dieser sich doch nicht, die neunwöchentliche Aussperrung von 4500 Arbeitern und Arbeiterinnen als sozialdemokratisches Wahlmanöver hinzustellen, während in Wirklichkeit die freisinnigen Arbeitgeber den Ausgebeuteten das Koalitionsrecht raubten. Als nun wenige Tage vor der Wahl die Niederlage der Arbeiter besiegelt war, kannte das verlogene Geheul der Ordnungstreter gar kein Maß mehr. In den grellsten Farben wurde das Unglück geschildert, das die Sozialdemokratie zu Wahlzwecken über die unterlegenen Arbeiter gebracht haben sollte. In Zeitungen, Flugblättern und Broschüren arbeiteten Freisinnige, Nationalliberale und Zentrümmer brüderlich geeint an dem Werke der Verleumdung. Aus dem Gedächtnis geschwunden war dieser Sippe das achte Gebot: Du sollst nicht falsches Zeugnis reden wider deinen Nächsten. Zusammen mit den schmachlichsten Lügen sollte winselndes Betteln dem Freisinn das Mandat sichern. Sein Kandidat, Herr Lenzmann, flehte förmlich um die Stimmen der Wähler. Was habe ich euch denn getan, daß ihr mich nicht wieder wählen wollt? Bin ich, ein Westfälinger, nicht der

beste Vertreter dieses Kreises? Auf diesen Ton waren seine Reden gestimmt. Trotz allem wurde ein solch riesiges Wachstum der sozialdemokratischen Stimmen erzielt, daß unsere Partei zum erstenmal in die Stichwahl kam. Es versteht sich am Rande, daß in derselben sich alle bürgerlichen Parteien zu der einen „reaktionären Masse“ zusammenschanden. Besonders eifrig suchte das schwarze, brotwucherische Zentrum für den „scharfen, roten Demokraten“. Sind Herrn Lenzmann auch nur ein Teil von den freiheitlichen Prinzipien in Fleisch und Blut übergegangen, mit denen er in den Versammlungen prunkte, so muß er sich in tiefster Seele schämen, auf diesen Krücken in den Reichstag zu humpeln. Ich glaube jedoch kaum, daß er ob derselben errötet. Die tiefe Verkommenheit, welche im Freisinn um sich greift, kam in der Rede zum Ausdruck, welche der Vorstehende der freisinnigen Versammlung am Stichwahltag hielt. Herr Dr. Franz beglückwünschte das Zentrum, daß es ungeschwächt aus der Wahl hervorgegangen sei und schimpfte auf die Regierung, weil sie die Kuvertwahl eingeführt habe, die dem Freisinn etliche Sitze koste. Obgleich der Wahlkampf unter den obwaltenden Umständen für unsere Genossen sehr schwer war, verminderte sich ihre Energie und Begeisterung doch nicht um ein Jota. Auch der Humor, der so manchen harten Strauß schon erleichtert hat, kam zu seinem Rechte. Sage Meta, hast Du schon einen konfiszierten Esel gesehen? Der ordnungstretterische Eifer und die tiefe Einsicht der löblichen Polizei verschaffte den Islerlohnern das Vergnügen, ein konfisziertes Grauchen kennen zu lernen. Höre! Etliche Genossen hatten einen Esel gemietet, über dessen Rücken zwei Plakate hingen, von denen das eine die Inschrift trug: „Zollfreiheit für Esel“, das andere: „Ich und meine Freunde wählen freisinnig“. Festlich bekränzt, seiner Würde und — Gefährlichkeit unbewußt, trabe Herr Langohr durch die Straßen von Islerlohn. Doch schon nach einer halben Stunde bereitete die Polizei seiner „politischen Laufbahn“ ein Ende. „Der Esel ist konfisziert“, so ging es wie ein Lauffeuer durch die Stadt. Was die Polizei mit ihrer „Konfiskation“ angeblich verhindern wollte, geschah nun. Das Geschick des ordnungsgefährlichen Esels brachte große Menschenmengen vor dem Rathaus zusammen. Natürlich erhielt die Polizei nicht den geringsten Anlaß zum Einschreiten. Dagegen konfiszierte sie ein Plakat, das durch die namentlichen Straßen getragen wurde, welche das konfiszierte Grautier passierte. Das Plakat zeigte eine umgestülpte Wahllurne, aus der Stimmzettel für Gewehr, den sozialdemokratischen Kandidaten, flatterten. Auf einem Seitenselde war zu lesen: „Präsentiert das Gewehr.“ Es war dies die Antwort auf eine gegnerische Notiz, welche begann: „Gewehr ab! Sozialdemokraten wegtreten!“ Die Konfiskation des politischen Esels wurde übrigens schon nach einer halben Stunde durch Plakate beantwortet, welche das Schicksal des „sittsamen Grautiers“ mit den Worten kündeten: „Oh weh, der Esel ist eingepunzt. . .“ Der Bauer, dem der Esel gehörte, fand sich in guter Laune mit der Konfiskation ab. Er meinte mit der unschuldigsten Miene von der Welt:

Ich holte das Gänsefchmalz und ging wieder zu Bette.

Wieder wurde ich gerufen:

„Mortimer, ich störe dich so ungern; aber es ist hier noch zu kalt, um das Kind einzureiben. Möchtest du nicht Feuer machen. Es braucht nur angezündet zu werden.“

Ich raffte mich auf und machte Feuer. Dann setzte ich mich trostlos nieder.

„Mortimer, sitz nicht da und hole dir den Tod vor Kälte! Komm zu Bette!“

Als ich einsteigen wollte, sagte sie: „Bitte, gib dem Kinde erst noch einmal Medizin!“

Das tat ich. Es war eine Arznei, die ein Kind mehr oder weniger munter macht. Meine Frau benutzte die Pause im Schlaf, um das Kind auszuziehen und über und über mit Gänsefchmalz einzureiben. Ich war bald wieder eingeschlafen, aber nur, um nochmals aufzumüssen.

„Mortimer, ich fühle Zug. Nichts ist für diese Krankheit so schlecht wie Zug. Bitte, stelle das Bett vor das Feuer!“

Ich gehorchte und hatte wieder eine Kollision mit dem Bettvorleger, den ich ins Feuer warf. Meine Frau sprang aus dem Bett, um ihn zu retten, und wir wechselten einige Worte. Dann hatte ich wieder einige Sekunden Schlaf und stand auf Verlangen auf, um einen Leinsamenumschlag zu konstruieren, der dem Kinde auf die Brust gelegt werden sollte.

Ein Holzfeuer ist nichts Bleibendes. Ich stand alle zwanzig Minuten auf, um unseres zu erneuern, und meine Frau benutzte

die Gelegenheit, um die Pausen zwischen dem Eingeben der Medizin um zehn Minuten abzukürzen, was ihr große Genußung gewährte. Dann und wann in der Zwischenzeit reorganisierte ich auch den Leinsamenumschlag und legte Senf- und andere Plaster dahin, wo an dem Kinde noch Platz frei war. Gegen Morgen ging uns das Holz aus, und meine Frau ersuchte mich, in den Keller zu gehen und noch etwas zu holen.

„Mein Kind“, sagte ich, „das ist etwas harte Arbeit und dem Kinde muß mit der Extrabeleidung nachgerade warm genug sein. Sollen wir nicht einen neuen Umschlag machen. . .“

Ich kam nicht zu Ende, da ich unterbrochen wurde. Eine Weile schleppte ich Holz von unten herauf und legte mich dann aufs Ohr und schnarchte, wie es nur ein Mensch kann, der bis aufs äußerste erschöpft ist. Erst beim hellen Tageslicht fühlte ich einen Griff an meiner Schulter, der mich plötzlich zu mir brachte. Meine Frau starrte auf mich herab und rang nach Atem. Sobald die Zunge ihr gehorchte, sagte sie:

„Es ist alles vorbei — alles aus! Das Kind schwitzt! Was sollen wir anfangen?“

„Um des Himmels willen, wie hast du mich erschreckt! Ich weiß nicht, was wir tun sollen. Vielleicht wenn wir Klara aus dem Bett nehmen und wieder in den Zug stellen?“

„Du Dummkopf! Es ist keine Minute zu verlieren! Geh zum Doktor. Geh du selbst! Sage ihm, er muß kommen, tot oder lebendig!“

Ich zerrte den armen, kranken Mann aus dem Bette und

„De Iſel es doch artig wern, hei hört doch niks don, hei es nu 40 Johr olt, es noch nit beſtroft worn, un van Dage es im Kaffen kummen. Hei es ob en Hombrant 9 Eiferlohn (soll heißen Iſerlohn) geboren und härt eine gude Vergangenheit ächter ſil.“

Die Geſchichte iſt löſſlich, nicht wahr? Schade, liebe Meta, daß die liebe Polizei nicht mit der in Iſerlohn betätigten Fürſorglichkeit alle zweibeinigen politiſchen Iſel konfiſziert. Läte ſie es, es wäre ein gut Teil beſſer um das Deutſche Reich und um die Lage der werktätigen Maſſen in demſelben beſtellt. Von den ergöglichen Zwiſchenfällen, welche die Iſolierzellen auch am Niederrhein verurſacht haben, will ich ſchweigen. Du haſt zu dem Kapitel ſicherlich genug aus allen Gegenden in den Zeitungen geſehen. Dafür noch etwas Ernſtes und ſehr Erfreuliches. In Iſerlohn haben ſich die Frauen zum erſtenmal an der Wahlarbeit beteiligt. Zehn Genoffinnen trugen am Tage vor der Stichwahl und am 25. Juni Flugblätter aus, ſie haſten bei der Verteilung von Stimmzetteln vor den Wahllokalen und holten nachmittags säumige Wähler zur Urne. Sie haben nicht umſonſt gearbeitet, alle jene, welche ſich mit ganzer Seele dem Werke hingegeben, Aufklärung unter den proletariſchen Frauen zu verbreiten und ſie für die Lehren des befreienden Sozialismus zu gewinnen. Das hat der dieſjährige Wahlkampf überall gezeigt. Ich weiß, liebe Meta, daß auch Du herzliche Befriedigung empfindeſt, daß unſere proletariſche Frauenbewegung gute Fortſchritte gemacht hat, und daß die Proletarierinnen im Wahlkampf „ihren Mann“ geſtellt haben. Doch für dieſmal dürſte ich wohl genug geplaudert haben. Ich ſchließe mit dem Ausdruck meiner großen Freude, daß Ihr „hellen Sachſen“ ſo hell geweſen ſeid, in 22 Wahlkreiſen die rote Siegesfahne zu hiſſen. Dieſe Quittung hat ſich die Reaktion im Lande Bliemchens ſicherlich nicht träumen laſſen! —

In treuer Freundschaft

Deine

W. K.

Aus der Bewegung.

Ein ſozialdemokratiſcher Frauenwahlverein für Altona wurde von den dortigen Genoffinnen, wie das preußiſche Vereinsgeſetz es zuläßt, für die Wahlperiode ins Leben gerufen. Die Gründung erfolgte am 27. April in einer recht gut beſuchten öffentlichen Frauenverſammlung, in welcher Genoffe Bürger einen mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die Frauen und die Politik“ hielt. Nachdem die Organisation ſich konſtituiert hatte, traten ihr ſofort 46 Frauen als Mitglieder bei. Die erſte Mitgliederverſammlung regelte interne Angelegenheiten, in der zweiten referierte Genoffin Fahrenwald in äußerſt intereſſanter Weiſe über das Thema: „Warum wir das Wahlrecht für die Frauen erringen müſſen, und welcher Partei wir uns anſchließen wollen“. Sie führte die überzeugenden Gründe an, welche für das Frauenſtimmrecht ſprechen, gab einen kritiſchen Überblick über alle Parteien

brachte ihn. Er ſah nach der Kleinen und ſagte, ſie würde nicht ſterben. Für mich war das eine unausſprechliche Freude, aber meine Frau wurde ſo wütend darüber, als hätte er ihr eine perſönliche Beleidigung zugefügt. Dann ſagte er, der Huſten wäre durch irgend einen kleinen Reiz in der Kehle verurſacht. Hierauf, glaube ich, war meine Frau nahe daran, ihm die Thür zu weiſen. Dann ſagte der Doktor, er wolle das Kind zu ſtärkerem Aufhuſten bringen und dadurch die Urſache entfernen. So gab er Märchen etwas, was ihr einen tüchtigen Huſtenanfall verurſachte, und ſogleich kamen ein paar Holzſplitter heraus. „Das Kind hat keine Diphtheritis“, meinte er, „es hat nur ein bißchen Fichtenholz oder dergleichen gekaut und ein paar Splitter in die Kehle bekommen, ſie werden ihm nichts ſchaden.“

„Nein, das glaube ich gern“, erwiderte ich. „Im Gegenteil, das Terpentin, das darin iſt, iſt ſehr gut gegen gewiſſe Kinderkrankheiten. Meine Frau kann Ihnen das ſagen.“

Sie tat es aber nicht, ſondern wendete ſich voll Entäußerung ab und verließ das Zimmer; und ſeit der Zeit gibt es eine Begebenheit in unſerm Leben, auf die wir nie anſpielen. Seitdem leben wir in ungetrübter Heiterkeit.

(Da wenige Ehemänner ſolche Erfahrungen wie Mc. Williams haben, ſo glaubte der Verfaſſer, die Leſer würden ſich vielleicht der Neuheit wegen ein wenig für dieſelben intereſſieren).

des alten Reichstags und zeigte an der Hand der Tatſachen, daß die Proletarierinnen ſich nur einer Partei anſchließen könnten: der Sozialdemokratie. Die Vortragende erntete reichen Beifall. Genoffin Baumann forderte die Mitglieder in warmen Worten auf, ſich dem Zentralwahlkomitee am 16. Juni zur Verfügung zu ſtellen und ſich fleißig an den Sammlungen für den Wahlfonds zu beteiligen. Im Sinne dieſer Aufforderung iſt der Verein während ſeiner kurzen Exiſtenz eifrig beſtrebt geweſen, die proletariſchen Frauen zum politiſchen Verſtändnis zu erwecken und zur regen Anteilnahme an der Wahlkampagne zu rufen. Seine Bemühungen ſind nicht vergeblich geweſen. Auch in Altona haben ſich die Genoffinnen tatkräftig in den Dienſt der ſozialdemokratiſchen Partei geſtellt. Bei ſeiner Auflöſung, welche der Vorſchrift des Geſetzes entſprechend am Wahltag erfolgte, gehörten dem Verein 104 Mitglieder an. Daß die Zahl derſelben ſich in den wenigen Wochen mehr als verdoppelt hat, iſt ein nicht zu drehendes und zu deutendes Anzeichen mehr dafür, daß die proletariſchen Frauen ſich nicht mit einem vereinsgeſchlichen Eintagsrecht begnügen können und wollen, ſondern ihre volle politiſche Gleichberechtigung fordern und auch erkämpfen werden. Ch. v. H.

Der ſozialdemokratiſche Frauenwahlverein für den Kreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg hat es während ſeiner kurzen Exiſtenz vom 20. April bis 15. Mai auf 450 Mitglieder gebracht, welche für die Wahl des ſozialdemokratiſchen Kandidaten Zubeil wacker gearbeitet haben. Es gehörten ihm Frauen an aus: Rixdorf, Schöneberg, Charlottenburg, Tempelhof, Mariendorf, Wilmerſdorf, Stegliß, Friedenau, Baumſchulenweg, Johanniſthal, Nieder-Schönweide, Köpenick, Adlerſhof, Briß und Zoffen. Die geſunde, kräftige Entwicklung des Wahlvereins iſt nicht dadurch beeinträchtigt worden, daß er von Amtsvorſteher, Landrat und Regierungspräſident in holder Geiſtesverwandtschaft für eine „unzuläſſige“ Organisation erklärt worden iſt. Wir werden auf die ſonderbare behördliche Auffaſſung in nächſter Nummer zurückkommen.

Von der Agitation. Zwei gutbeſuchte Frauenverſammlungen mit der Tagesordnung: „Bürgerliche und proletariſche Frauenbewegung“ fanden am 8. und 9. Juli im erſten und zweiten Hamburger Wahlkreis ſtatt. Genoffin Zieh referierte in beiden Verſammlungen. Sie legte zunächſt die geſchichtliche Bedingtheit der Frauenbewegung im allgemeinen dar, um dann die Frauenbewegung in ihrer Verſchiedenheit innerhalb der einzelnen Klaſſen der Bevölkerung zu beleuchten. Sodann verwies ſie auf den Umſtand, daß ſeit der bürgerlichen Damen auf unſere Behauptung, falls man politiſche Rechte erobern wolle, müſſe man ſich der politiſchen Partei anſchließen, die für dieſe Forderung im Parlament eintritt, ſtets geantwortet hätten, ſie miſchten ſich nicht in das „Parteigezänk“. Die Frauenbewegung müſſe über den Parteien ſtehen. Bei der dieſjährigen Reichstagswahl änderten die Damen jedoch ihren Standpunkt. Sie haben ſich in das „Parteigezänk“ gemiſcht. Aber ſiehe da, ſie ſtellten ſich nicht hinter die Partei, die ſeit her unentwegt für die Verwirklichung vollen Frauenrechtes in der Öffentlichleit Propaganda gemacht und im Parlament unzählige Male dafür gekämpft hat: die Sozialdemokratie. Sie ſchlügen ſich vielmehr auf Seiten des Freiſinns, oder richtiger, ſie flehten dort um Aufnahme. Von ihrem Klaſſenſtandpunkt aus mag man das verſtehen. Jedenfalls aber haben ſie damit gezeigt, daß ihnen an der Aufrechterhaltung der kapitaliſtiſchen Wirtschaftsordnung mehr liegt, denn an der Durchſetzung ihrer Forderungen, der Eroberung der Gleichberechtigung der Frau. Rednerin wies an der Hand zahlreicher Beiſpiele nach, wie juſt der Freiſinn die ſpeziell im Intereſſe der Frau erhobenen Forderungen ſehr oft mit Füßen getreten hat. Dadurch nun, daß in den Kreiſen, in denen Freiſinn und Sozialdemokratie um das Reichstagsmandat rangen, die Damen für den erſteren eintraten, hat ſich ihre Stellungnahme als ein Kampf gegen die Sozialdemokratie, gegen die einzige konſequente Vorkämpferin für die volle Gleichberechtigung des weiblichen Geſchlechts charakteriſiert. Beſonders lächerlich geſtaltete ſich die Sache in Hamburg, wo die Frauenrechtlerinnen den Kampf gegen den „Umſturz“ in Kreiſen aufnahmen, die der Sozialdemokratie bombenſicher ſind. Übrigens hat ſich auch ſchon bei vielen anderen Gelegenheiten der bürgerliche Klaſſencharakter, Klaſſenegoismus der Damen unverhüllt gezeigt. So zum Beiſpiel vor allem in ihrer Stellung zum Frauenſtimmrecht. Der Verein „Frauenwohl“ zu Berlin, der eine Organisation der radikalen Frauenrechtlerinnen iſt, hat vor etlichen Jahren in ſeiner Petition an den preußiſchen Landtag das Gemeinewahlrecht nicht für alle Frauen verlangt, ſondern nur für diejenigen, die zu den Gemeindefaſten beitragen, das heißt er wollte gerade die Schutz- und Rechtsbedürftigſten rechtlos laſſen. Während der Wahlbewegung hat Frä. Dr. Schirmacher in München in einer Verſammlung die Forderung des gleichen und direkten doch keineswegs des allgemeinen

Wahlrecht erhoben. Sie erklärte ausdrücklich, unter der Zustimmung der Versammelten (Jung-Liberale!), daß die unteren Volksschichten das Wahlrecht nicht zu gebrauchen verständen. Es sei nur verwunderlich, daß Hr. Schirmacher nicht den Besitz des Dokortitels oder einer halben Million als Vorbedingung für die Gewährung des Wahlrechtes geltend gemacht habe. Die Rednerin ging dann die Erfahrungen durch, welche man in Hamburg mit den Damen gemacht hat. Vor einem Jahre wollten die bürgerlichen Frauen bei der Organisation der Arbeiterinnen helfen. Sie verrichteten wohl die notwendigen Arbeiten mit, jedoch in einer Zusammenkunft mit den Schneiderinnen einer bestimmten Firma gab eine der Damen denselben den Rat, doch lieber als Dienstmädchen sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Um diesen Rat zu empfangen, waren die Mädchen nicht eingeladen worden, sondern um sie zu organisieren, um bestehende Übelstände durch die Macht der Organisation zu beseitigen und nicht um denselben feig aus dem Wege zu gehen. 1899 hatten ferner die Damen eine Enquete über die Lage der Kaffeeverleserinnen gemacht (mit Hilfe der organisierten Arbeiterinnen). Das Ergebnis derselben wurde jedoch von ihnen nicht bearbeitet. Vor kurzem veröffentlichte nun Frau Julie Eichholz in Nummer 4 der „Frauen-Rundschau“ einen Artikel über „Hamburger Kaffeeverleserinnen“. Eingang desselben heißt es: „Eine gründliche Enquete der Hamburger Ortsgruppe des Allgemeinen deutschen Frauenvereins hat Licht und Klarheit über die bisher dunklen Verhältnisse (der Kaffeeverleserinnen) verbreitet.“ In der Meinung, es seien die Ergebnisse der erwähnten Enquete in dem Artikel bearbeitet, laß Genossin Zieh weiter. Wie erstaunte sie jedoch, als sie, bis auf einen kleinen Satz, in dem Artikel — ihre eigene Arbeit vom Jahre 1898 fand. Zwei von ihr 1898 verfaßte Artikel über die Kaffeeverleserinnen waren zu einem zusammengezogen und Satz für Satz, mit nur ganz unwesentlichen Abänderungen, unter der Flagge der Frau Julie Eichholz als deren Arbeit veröffentlicht. Nachdem sie sich an die Redaktion der „Rundschau“ gewandt, habe Frau Eichholz in einem Briefe es so darzustellen versucht, als ob ohne ihre Schuld die Urheberchaft von Frau Zieh verschwiegen worden. Nun frage sie, woher denn aber die Einleitung komme? Ob dieselbe der Redaktion vielleicht auf dem Wege der vierten Dimension übermittelt sei? Rednerin ersuchte die Anwesenden, klar und scharf die Grenze zu ziehen zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Frauenbewegung und zum Beweise dafür, daß sie hierzu gewillt seien, in die sozialdemokratischen Vereine einzutreten. Sie forderte ferner die Frauen auf, die sozialdemokratische Tageszeitung und unsere „Gleichheit“ zu abonnieren und überall, wo es gelte, für unsere Sache zu arbeiten, tatkräftig mit Hand anzulegen. Zahlreiche der Anwesenden folgten dem Rufe. Von den anwesenden bürgerlichen Damen meldete sich trotz wiederholter Aufforderung niemand zum Worte. Im Sinne der Referentin sprachen Genossin Fahrenwald und die Genossen Meig und Fricke. Nachdem Genossin Zieh in ihrem Schlußwort in knappen Umrissen ein Bild des Wahlergebnisses gegeben und zum weiteren kräftigen Vorwärtsarbeiten ermuntert hatte, erfolgte Schluß der prächtig besuchten Versammlungen. L. Z.

Am 30. Juni fand eine Mitgliederversammlung der Zahlstelle Braunschweig des Fabrikarbeiterverbandes im großen Saale des Hofjägers statt. „Über die Aufgaben der Gewerkschaften“ referierte Genossin Zieh. Ein starkes Polizeiaufgebot sowie die Anwesenheit des Polizeinspektors ließ vermuten, daß wieder einmal eine „große Aktion“ geplant sei. Jedoch hatten wir uns diesmal glücklicherweise geirrt. Der Herr Inspektor führte selbst das Protokoll. Das war das einzige Ungewöhnliche, sonst verlief alles ruhig und ordnungsgemäß. Es war die erste überwachte Mitgliederversammlung, die nicht der Auflösung verfiel, weil eine Frau sprach und Frauen anwesend waren. Wir waren immer der Ansicht, daß die Auflösung in diesem Falle bisher zu unrecht erfolgte, da das braunschweigische Vereinsgesetz den Frauen zwar die Teilnahme an öffentlichen Versammlungen verbietet, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden, jedoch nirgends von Mitgliederversammlungen der Gewerkschaften spricht. Unsere Beschwerden über die falsche Anwendung und Auslegung des obnehin so reaktionären Vereinsgesetzes, wodurch tatsächlich den Frauen das Koalitionsrecht geraubt ward, blieben jedoch bisher erfolglos. Hoffen wir, daß die entgegengesetzte Praxis am 30. Juni nicht nur ein Ausnahmefall bleibe, daß man uns in Zukunft vielmehr die geringe Ellenbogenfreiheit, die das Gesetz gewährt, läßt, und daß es uns bald gelingt, dies Gesetz zu beseitigen.

Eine öffentliche Fabrikarbeiterversammlung fand am Sonntag den 12. Juli in Wittenberge statt. Genossin Zieh referierte über „Die Ursachen der Armut und die Aufgaben der Gewerkschaften“. Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Erschienenen den Ausführungen der Referentin. Der braufende Beifall am Schlusse des Vortrags sowie die Zwischenrufe während desselben bewiesen,

daß das Gesagte den Versammelten aus der Seele gesprochen war. Mindestens die Hälfte der Anwesenden in der geradezu glänzend besuchten Versammlung waren Frauen. So gut wie der Besuch, war auch der Erfolg derselben. Ließen sich doch 115 Personen, darunter fast die Hälfte Frauen, als Mitglieder der neuzugründenden Zahlstelle aufnehmen und entrichteten auch sofort nicht nur das Eintrittsgeld, sondern noch zwei Wochenbeiträge. Erfreulicherweise gelang es ferner eine weibliche Vertrauensperson und eine Stellvertreterin derselben zu gewinnen. Das Gewerkschaftskartell, das die Versammlung in die Wege geleitet hatte, versprach die Personen, die zur Leitung der Zahlstelle erkoren wurden, sowie die Vertrauenspersonen zu unterstützen. Glück auf denn zu neuer erfolgreicher Arbeit! L. Z.

Notizenteil.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Die Lage der Arbeiterinnen in Görlich kann im allgemeinen leider durchaus nicht als eine gute bezeichnet werden. Recht viele der Proletarierinnen, welche ihr Brot im Dienste fremden Reichthums erwerben müssen, lernen das Kapitel „Hungerlöhne“ nicht aus Romanen und „aufhebenden Schriften“ kennen, sondern aus bitterer Erfahrung. Das gilt vor allem von den Heimarbeiterinnen. Am elendsten entlohnt dürften wohl die hausindustriellen Näherinnen in der Wäsche-, Schürzen- und Blusenkonfektion werden. Für ein Duzend Frauenhemden gibt es 1 Mark, für ein Duzend Militärhemden 1,50 Mark. Bei diesen Preisen muß die Näherin den Faden noch aus der eigenen Tasche zahlen. Die Blusenmacherinnen kommen mit ihrem Wochenverdienst oft genug nicht über 4 und 5 Mark hinaus. Die gezahlten Schundlöhne machen es begreiflich, daß in manchen Warenhäusern fertige Damenblusen das Stück schon zu 60 Pfennig ausgeboten werden! Wer denkt dabei nicht an die erschütternden Strophen aus Hood's „Lied vom Hemde“: „Nicht Linnen ist's, was ihr verschleißt, nein warmes Menschenleben!“ Der Hunger, die Gesundheit, ja das Leben selbst der ausgebeuteten Näherinnen hängt an diesen billigen Waren. Sehr schlecht bezahlt wird auch die hausindustrielle Frauenarbeit bei der Anfertigung von Tornistern und Koffern. Die Arbeiterin, welche einen Schultornister von A bis Z fertigstellt, erhält dafür ganze 10 Pfennig. Diese unglaublich niedrige Entlohnung ist zur Zeit der Krise von Frauen selbst noch unterboten worden. In einem Falle zum Beispiel machte sich die Frau eines Arbeitslosen beim Unternehmer anbeischig. Tornister für 8 Pfennig pro Stück anzufertigen, und ihr Vorgeben steht nicht etwa allein da. Eine Art der Heimararbeit, bei welcher die beschäftigten Frauen kaum das Salz zum Brote verdienen, ist die Knopffabrikation. Der Unternehmer, welcher die Arbeit vergibt, liefert auch die nötige Maschine, deren Preis der Arbeiterin ratenweise vom Wochenverdienst abgezogen wird, so daß sie nach und nach in ihren Besitz übergeht. Durch diesen Umstand, wie insofern des anderen, daß es in Görlich nur eine Knopffabrik gibt, befinden sich die Knopfabrikerinnen in größter Abhängigkeit von dem Herrn, der fälschlich ihr „Brotgeber“ genannt wird. Die lärgliche Entlohnung der Frauenarbeit bei der Knopffabrikation veranlaßt, daß die Kinder mit zur Arbeit herangezogen werden, dem Anschein nach „spielend“, in Wirklichkeit in sehr ernster Weise, die ihre zarten, schonungsbedürftigen Kräfte weit übersteigt. Wohl mancher Mutter preßt es dann Seufzer über Seufzer ab, wenn sie bemerkt, daß die Wangen der Kleinen bläßer und schmaler werden, daß die Fröhlichkeit schwindet, die Leistungen in der Schule nachlassen. Leider konnten bis jetzt die Heimarbeiterinnen der angeführten Industrien nicht für die Gewerkschaftsorganisation gewonnen werden. Zum Teile erklärt sich das, wie anderswo auch, aus dem grenzenlosen Elend der Lage, der den Geist stumpf und hoffnungslos, den Willen matt und schwach macht. Zum Teile aber ist es die Herkunft, die Stellung der Heimarbeiterinnen, die bewirkt, daß diese nichts vom gewerkschaftlichen Zusammenschluß wissen wollen. In Görlich holt sich die Heimararbeit eine beträchtliche Anzahl der billigsten weiblichen „Hände“ aus den Kreisen der Beamten, Angestellten etc. Wenn hier der Gehalt des Mannes nicht ausreicht, ein standesgemäßes Auftreten der Familie nach außen zu ermöglichen, so nehmen Frau und Töchter Arbeit nach Hause. Hinter verschlossenen Türen schaffen sie als Lohndrückerinnen für wahre Bettelpfennige. Je sorgfältiger sie sich bemühen, nach außen hin die Proletarisierung ihrer Lage zu verbergen, je proziger sie sich als gut bürgerlich gebärden, um so schroffer weisen sie die Verührung mit den eigentlichen Lohnarbeiterinnen und den Anschluß an die Gewerkschaft zurück. Der Standesbünkel ist es, der ebenfalls eine andere Kategorie von rücksichtslos ausgebeuteten weiblichen Erwerbstätigen der Gewerkschaft und dem Kampfe um bessere Existenzbedingungen fernhält. Es sind

die Verkäuferinnen. Nachweislich sind in Görlitz gelernte Verkäuferinnen mit einem Monatsgehalt von 17 Mark abgespeist worden. Entsetzt muß man fragen, wie ein junges Mädchen diese paar Groschen einteilen soll, um damit auch nur das nackte Dasein fristen zu können, geschweige denn die Kosten für die Kleidung zu erschwingen, die doch nicht nur anständig, sondern obendrein modern und schick sein soll. Nun besitzen allerdings manche der Verkäuferinnen zum Glück noch Eltern, welche für den größten Teil des Unterhaltes aufzukommen imstande sind. Aber bei weitem nicht alle der Damen sind in der Wahl ihrer Familie so vorsichtig gewesen. Diesen Ärmsten bleibt bei den niedrigen Gehältern nichts übrig, als nach des Tages Last und Mühe Stickerie- und Näharbeiten nach Hause zu nehmen und sich tief in die Nacht hinein für den nötigen Zuschuß zum Einkommen abzumühen. Manch eine aber, die davor zurückschreckt, die nicht im schlimmsten Augenblick den gesuchten ehrlichen Nebenverdienst, verständnisvollen ermutigenden Zuspruch findet, wird unter solchen Umständen auf die Bahn des Lasters gedrängt. Die nackte Jugend mag den ersten Stein auf diese Unglücklichen werfen! Tief bedauerlich ist es, daß trotz der jämmerlichen Lage die Verkäuferinnen noch nicht zu der Erkenntnis durchgedrungen sind, daß auch sie zu den Proletarierinnen gehören, denen der Kapitalismus ausbeutend den Fuß auf den Nacken setzt. Weil sie Glacehandschuhe und Schleier tragen, dünken sie sich hoch über die Fabrikarbeiterin erhaben, obgleich diese nicht selten besser daran ist, als die Lohnslavin hinter dem Ladentisch. Dazu kommt, daß die jungen Damen auf gute Versorgung durch eine Heirat rechnen. Sie übersehen dabei, daß in dem Klein- und Mittelbürgertum dank der kapitalistischen Entwicklung die Ehe immer weniger eine Versorgungsanstalt sein kann, welche der Frau die Möglichkeit sichert, nur ihren Gattinnen- und Mutterpflichten zu leben. Auch hier müssen die verheirateten Frauen mehr und mehr zum Erwerb heran, ja in Zeiten schlechten Geschäftsganges sind sie — wie im Proletariat — nicht selten die alleinigen Ernährer der Familie. Dieser Stand der Dinge wird zusammen mit unserer politischen und gewerkschaftlichen Aufklärungsarbeit allmählich auch die falschen Vorstellungen und jähnen Vorurteile aus dem Hirn der Handlungsgehilfinnen vertreiben und sie uns als Mitkämpferinnen um eine menschenwürdige Existenz aller Arbeitenden zuführen. — Mit den Arbeits- und Lebensbedingungen der verschiedenen Arten von Fabrikarbeiterinnen werden wir uns später einmal beschäftigen. Heute sei betreffs derselben nur folgendes hervorgehoben. Auch in Görlitz hat in den letzten Jahren, zum Teile unter dem Einfluß der Krise, die Frauenarbeit als billige Arbeit neue Gebiete erobert. So waren zum Beispiel in einer Schraubenfabrik gegen 40 Arbeiterinnen beschäftigt. Sie stehen an Spitz- und anderen Maschinen, die früher von Männern bedient wurden, welche gegen 18 Mark pro Woche erhielten, während die Frauen für die gleiche Arbeit nur mit 7,50 Mark entlohnt werden. Die trockenen Ziffern sagen uns beredt, wie notwendig, ja unentbehrlich die Aufklärung und Organisierung der Arbeiterinnen ist, und das sowohl im Interesse derselben, wie in dem der Männer. Erfreulicherweise nehmen zwar die weiblichen Mitglieder der hiesigen Gewerkschaften zu, aber noch immer stehen ihnen Tausende von Arbeiterinnen fern. Dafür mit ganzer Kraft zu wirken, daß in Zukunft immer mehr Lohnslavinnen die Segnungen des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses erkennen, muß deshalb nach wie vor eine der wichtigsten Pflichten unserer Genossinnen am Orte sein.

Anna Gregor-Görlitz.

Weibliche Fabrikinspektoren.

Als Assistentin der Gewerbeinspektion von Bremen ist Fräulein Hermine Seelhof angestellt worden und hat ihre Tätigkeit am 2. Juli begonnen. Über das etwaige frühere Berufsgebiet und den Bildungsgang der Beamtin liegen uns zur Zeit keine Mitteilungen vor.

Die Zahl der englischen Sanitätsinspektorinnen, die mit der Überwachung bestimmter gesetzlicher Vorschriften zum Schutze der Arbeiterinnen betraut sind, ist seit der ersten Anstellung in 1897 stetig gewachsen und betrug im letzten Jahre 45. Es amtierten Sanitätsinspektorinnen in Birmingham 12, in Liverpool 9, in Sheffield 7, in Leeds 6, in Manchester und Stockport je 2, in Bradford, Oldham, Bootle, St. Helens, Middlesborough, Norwich und Rochdale je 1. In sechs anderen Städten stand die Ernennung von Sanitätsinspektoren durch die Kommune in sicherer Aussicht. Die Beamtinnen treten in unregelmäßigen Zwischenräumen zu einer Konferenz zusammen, um durch Ideenaustausch ihre Amtstätigkeit zu fördern und zu vertiefen. Die erste solche Konferenz fand im April 1901 in Leeds, die zweite im November des nämlichen Jahres in Sheffield, die dritte 1902 in Liverpool statt.

Betreffs der Amtstätigkeit der Assistentinnen der hessischen

Gewerbeinspektion konstatiert der letzte Jahresbericht, daß das Vertrauen der Arbeiterinnen zu den weiblichen Beamten in erfreulicher Zunahme begriffen sei. Gegen das Vorjahr hat sich der Verkehr der Arbeiterinnen mit den Assistentinnen gehoben. „Namentlich sind es im Bezirk Offenbach die jüngeren Arbeiterinnen“, heißt es in dem Bericht, „welche in wirtschaftlichen und sittlichen Fragen gern den Rat der Assistentin suchen, während man im Wormser Bezirk beobachtet hat, daß es gerade die älteren sind, die ihr mit Vertrauen entgegenkommen; die jüngeren dagegen zeigen sich scheu. Es ist anzunehmen, daß auch im Wormser Bezirk es der Assistentin noch gelingen wird, ebenso wie in dem ihr gleichfalls unterstellten Bezirk Mainz einem wachsendem Verständnis bei Arbeitgeber und Arbeitnehmern zu begegnen. Haben sich doch auch männliche Arbeiter an sie gewandt bei Beschwerden, welche auf das Wohlergehen von Arbeiterinnen Bezug hatten.“ Die gemeldeten Tatsachen sind freudig zu begrüßen, denn die vertrauensvollen, verständigen Beziehungen zwischen Arbeiterinnen und Fabrikinspektorinnen sind uns die wichtigsten Vorbedingungen für die erfolgreiche Amtstätigkeit der letzteren, für die gewissenhafte Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der ersteren.

Vereinsrecht der Frauen.

Dürfen Frauen in Preußen auch außerhalb der Wahlzeit politische Vereine bilden? Diese Frage ist von der 3. Strafkammer des Landgerichts I Berlin verneint worden, wie wir bereits in der letzten Nummer der „Gleichheit“ mitteilten. Der Staatsanwalt beantragte die Bestrafung Stadthagens, weil er die Frauen zum Ungehorsam gegen § 8 des preussischen Vereinsgesetzes ausgefordert hatte. Seiner Auffassung nach besteht dieser Paragraph zu Recht, die Verordnung vom 11. März 1850 ist gültiges Gesetz, da sie vorschrittmäßig als solches publiziert worden sei, sich in Übereinstimmung mit der Verfassung befinde und nur Beschränkungen enthalte. Der Richter habe nicht nachzuprüfen, ob das Gesetz gültig sei. Der Angeklagte Stadthagen habe sich deshalb gegen § 110 des Strafgesetzbuchs vergangen. Das gleiche gelte betreffs des Mitangeklagten Leid. Die Stellung, die der „Vorwärts“ innerhalb der sozialdemokratischen Partei einnehme, sei bekannt. Täglich würden in dem Blatte Weisungen an die Genossen veröffentlicht, die gewohnt seien, die Ratsschläge und Winke zu befolgen. Indem der „Vorwärts“ den Appell Stadthagens an die Frauen in gesperrtem Drucke wiedergegeben, habe er selbst dessen Aufforderung zum Ungehorsam wiederholt. Genosse Stadthagen plädierte auf Freisprechung und Übernahme auch der notwendigen Auslagen auf die Staatskasse. Er gab zu, die inkriminierte Aufforderung an die Frauen erlassen zu haben und zwar ausschließlich in der Absicht, eine Entscheidung des Reichsgerichts über die Rechtungsgültigkeit des § 8 des sogenannten preussischen Vereinsgesetzes herbeizuführen. Seine Überzeugung von der Rechtungsgültigkeit der betreffenden Vorschriften stütze er auf die Gründe, welche die „Gleichheit“ in Nr. 15 bereits ausführlich dargelegt hat. Unsere Leserinnen kennen den Ausgang der Verhandlungen. Auffällig ist, daß die erfolgte Verurteilung auf Gefängnis lautet. Die für Stadthagens „Vergehen“ übliche geringste Strafe ist drei Mark. Das Verlangen, daß Richter die Rechtungsgültigkeit eines Gesetzes prüfen, und daß Frauen ihre durch die Verfassung gewährleisteten Rechte gebrauchen sollen, ist sicher keine „Moritat“, die der Gesetzgeber mit Gefängnis geahndet wissen wollte. Auf die weitere Entscheidung in der interessanten und wichtigen Streitfrage darf man gespannt sein.

Frauenstimmrecht.

Die Bewegung für das Frauenstimmrecht in Schweden macht nach der frauenrechtlerischen Zeitschrift „NyLaende“ gute Fortschritte. Die Agitation für die politische Gleichberechtigung der Frau wurde bereits vor zwanzig Jahren vom „Friederika-Bremer-Bund“ begonnen, sie faßte jedoch lange nur kleine Kreise. Erst der Kampf um das allgemeine Wahlrecht brachte die Bewegung in kräftigeren Fluß. In Stockholm wurde ein Verein für die Erringung des politischen Frauenstimmrechtes mit 200 Mitgliedern gegründet. Jetzt zählt man 18 solcher Organisationen mit etwa 3000 Mitgliedern. Um ein Zusammenwirken der einzelnen Lokalvereine herbeizuführen, ist kürzlich ein Landesverband für das Frauenstimmrecht ins Leben gerufen worden.

Die Einführung des politischen Frauenstimmrechtes in dem Staat Connecticut ist anfangs Mai im Abgeordnetenhaus mit 105 gegen 60 Stimmen abgelehnt worden. Die vorberatende Kommission hatte die betreffende Vorlage zur Annahme empfohlen.